

Mazedonien und „seine“ OSZE-Mission 2002-2004: Erfolg auf Raten

Die Wahlen im September 2002 haben für Mazedonien einen entscheidenden Richtungswechsel mit sich gebracht. Der Wahlsieg der Sozialdemokratischen Union Mazedoniens (SDSM¹) war vorhersehbar; was überraschte, war bestenfalls die Höhe des Sieges.² Es gab allerdings eine neue albanische Partei, deren Abschneiden nicht näher einzuschätzen war: Die erst im Frühjahr desselben Jahres formierte Demokratische Union für Integration (DUI³) konnte auf keinerlei Erfahrung zurückgreifen. Dennoch kann auch ihr Erfolg nicht wirklich überraschen, ist sie doch die Partei der ehemaligen Nationalen Befreiungsarmee (UÇK⁴), die den Konflikt 2001 auch und vor allem gegen die etablierten albanischen Parteien angezettelt hatte. Die während des Konflikts gemachten Versprechungen sollten nun von der neuen Partei eingelöst werden. Dies, gepaart mit der Frustration der albanischen Bevölkerung über die von Korruption, Nepotismus und Politikastertum gekennzeichnete Politik der etablierten Parteien DPA und PDP⁵, deren Führungsspitzen sogar Verbindungen zur organisierten Kriminalität nachgesagt wurden, trug maßgeblich zum Erfolg der DUI bei.

Die Koalitionsverhandlungen zwischen SDSM und DUI schleppten sich lange hin und waren das erste öffentlich wahrnehmbare Zeichen der mangelnden Erfahrung der DUI. Deren Parteichef, der ehemalige Anführer der UÇK, Ali Ahmeti, dessen Kandidatur für das Parlament – trotz einzelner moralischer Bedenken – von den meisten Vertretern der internationalen Gemeinschaft gefördert wurde, hatte schon vor Beginn die Wunschministerien der DUI, darunter das Innenministerium, öffentlich gemacht. Es überrascht nicht, dass sie wenig davon durchsetzen konnte. Der Koalitionspartner war immerhin die Partei mit der größten politischen Erfahrung im Lande. Es zeigte sich auch sehr schnell, dass die Personaldecke der DUI extrem dünn war

1 Mazedonisch: Socijaldemokratski Sojuz na Makedonija.

2 Wahlergebnisse: Koalition für Mazedonien (SDSM und Partner): 41,62 Prozent; Allianz aus VMRO-DPMNE und Liberaler Partei: 25,06 Prozent; DUI: 12,20 Prozent; DPA: 5,36 Prozent; PDP: 2,28 Prozent; NDP: 2,22 Prozent; Sozialistische Partei Mazedoniens: 2,18 Prozent.

3 Mazedonisch: Demokratska Unija za Integracija, albanisch: Bashkimi Demokratik për Integrim.

4 Albanisch: Ushtria Çlirimtare Kombëtare; die Nutzung des gleichen Kürzels (und Logos) wie das der Befreiungsarmee des Kosovo ist nicht zufällig und sollte den Bezugsrahmen geben.

5 Demokratische Partei der Albaner (mazedonisch: Demokratska Partija na Albancite, albanisch: Partia Demokratike Shqiptare) bzw. Partei für Demokratische Prosperität (mazedonisch: Partija za Demokratski Prosperitet, albanisch: Partia e Prosperiteti Demokratike). DPA und PDP sind die beiden „etablierten“ albanischen Parteien, die in den Jahren seit der Unabhängigkeit Mazedoniens an wechselnden Regierungskoalitionen beteiligt waren.

und dass es ihr schwer fiel, geeignete Personen für die zu besetzenden Positionen zu finden.

Als die Regierung schließlich gebildet wurde, gab es einige Überraschungen. So wurde das Ministerium für lokale Selbstverwaltung, das für die Umsetzung des Ohrider Abkommens zentrale Bedeutung besitzt, von der SDSM besetzt. Die DUI hatte, man höre und staune, kein Interesse signalisiert.⁶ Sie erhielt die Ministerien für Gesundheit, Transport, Justiz und Erziehung sowie den Posten des stellvertretenden Premierministers, in dessen Kompetenz die Umsetzung des Rahmenabkommens fällt.

Im gesamten Prozess der Regierungsbildung verhielt sich die OSZE-Mission bemerkenswert passiv. Während der Gesandte der EU und die US-Botschaft aktiv und beratend an den Verhandlungen teilnahmen, beschränkte sich die Mission auf die Beobachtung der Geschehnisse. Kontakte konzentrierten sich zu Beginn der neuen Regierungsphase ausschließlich auf den neuen Innenminister Hari Kostov und darauf, die begonnene Polizeiuunterstützungsarbeit weiterzuführen. Generell ist festzustellen, dass die Arbeit des Polizeikontingents der Mission deutlich im Vordergrund stand, während es die Politik der Mission war, sich aus der Begleitung und Beeinflussung der politischen Prozesse herauszuhalten.

Neue Regierung – alte Probleme in neuem Gewand

Die neue Regierung, die mit Vorschusslorbeeren seitens der internationalen Gemeinschaft überschüttet wurde, sah sich mit alten Problemen konfrontiert, die jetzt ein neues Gewand trugen: das Ohrider Rahmenabkommen.⁷ Das Rahmenabkommen avancierte zum wichtigsten Argument für Reformen, für ihre Verzögerung oder ihre eigenwillige Interpretation. Der Ausdruck „*poramkoven*“⁸ bekam schon fast den Charakter eines Schimpfwortes. Hintergrund ist die alte Praxis, beim Antritt einer neuen Regierung einen erheblichen Teil des Personals der Staatsverwaltung auszutauschen. Im Unterschied zu früheren Regierungswechseln wurden diesmal die Quoten für Albaner stärker berücksichtigt, wobei Parteizugehörigkeit – wie gehabt – wichtiger war als Qualifikation, ein systemimmanentes Merkmal und keinesfalls allein typisch für die DUI. Dass diese zynische Methode bald zu Frustrationen über

6 Es war in den letzten Jahren zur unausgesprochenen Regel mazedonischer Regierungspraxis geworden, dieses Ministerium als Geste des guten Willens mit einem Albaner zu besetzen.

7 Das am 13. August 2001 unterzeichnete Rahmenabkommen von Ohrid setzte dem bewaffneten Konflikt, der im Frühjahr desselben Jahres in Mazedonien ausgebrochen war, ein Ende. Unterzeichner waren der Staatspräsident, Vertreter der damals vier wichtigsten politischen Parteien sowie Gesandte der EU und der USA als Garantmächte. Seine Umsetzung erforderte eine Reihe von Verfassungsänderungen sowie eine erhebliche Anzahl neu zu verabschiedender Gesetze. Die Frist für die vollständige Umsetzung des Abkommens läuft Ende 2004 ab.

8 Mazedonisch etwa „gemäß dem Rahmenabkommen“, pejorativ gebraucht.

ethnische Barrieren hinweg führen musste, verwundert nicht. Was allerdings verwundert, ist die Art und Weise, wie diese Vorgehensweise insbesondere von den Garantiemächten EU und USA unter dem Deckmantel der ethnischen Quoten gefördert wurde.

Die Umsetzung des Rahmenabkommens genoss in der Arbeit der Regierung und des Parlaments höchste Priorität. Allein die Menge an Gesetzesnovellen, die zu bewältigen war, überlastete die ohnehin nicht sehr effizienten Institutionen. Das Spektrum reichte von der Einführung neuer, optional zweisprachiger Ausweispapiere für die Minderheiten über eine allgemeine Verwaltungs- und Justizreform sowie eine umfassende Reform der Streitkräfte bis hin zur territorialen Neugliederung und Dezentralisierung des Staatswesens. In riesigen Schritten und trotz unvermeidlicher Verzögerungen in einem Tempo, bei dem Quantität vor Qualität ging, mussten über 60 neue Gesetze verabschiedet bzw. alte geändert werden. Die Anzahl der Ausführungsbestimmungen und anderer Regelungen ging noch weit darüber hinaus. Das alles musste von einem Parlament bewältigt werden, dessen Abgeordnete zu über 70 Prozent Neulinge waren und die erst einmal in die Arbeitsweise dieses Organs eingewiesen werden mussten.

Aus schierem Zeitmangel und wohl auch aus Mangel an Ideen und Koordination wurde das eindeutig größte Problem des Landes, die wirtschaftliche Lage, völlig ignoriert. Im ersten Jahr der Regierung kann beim besten Willen nicht von einer aktiven Wirtschaftspolitik gesprochen werden. Ein Jahr nach der Regierungsübernahme wurden die entsprechenden Schlüsselressorts Wirtschaft, Finanzen, Justiz und Transport neu besetzt. Jedoch anstatt angesichts der desolaten Lage die bislang amtierenden Parteisolddaten durch Fachleute zu ersetzen, wurde eine neue Garnitur loyaler Parteifunktionäre eingesetzt. Das Ergebnis war, dass die Regierung erst im Sommer 2004 einen Expertenbericht zur wirtschaftlichen Lage erörtern konnte. Die Folge sind negative Bilanzen, sinkende Produktion, hohe Arbeitslosigkeit und mangelnde Investitionen. Ein zu Beginn der Regierungszeit Branko Crvenkovskis ausgehandelter Stillhaltepakt mit dem größten Gewerkschaftsverband hielt nicht lange und Proteste gegen die desolaten soziale Lage sind an der Tagesordnung. Laut aktuellen Statistiken lebt ein Viertel der Bevölkerung Mazedoniens unterhalb der Armutsgrenze, die Arbeitslosigkeit liegt bei fast 40 Prozent.

Die Umverteilung von Eigentum und die Kontrolle in Schlüsselbereichen verliefen allerdings erwartungsgemäß nach dem altbekannten Muster: Betriebe, die in den vier Jahren davor (unter welchen Umständen auch immer, sehr oft nicht rechtsstaatlichen Prinzipien entsprechend) unter mittelbare oder unmittelbare Kontrolle der damaligen Regierungspartei VMRO-DPMNE⁹ geraten waren, wurden „umgewidmet“, manchmal unter Heranziehung der Arbeiter in den Betrieben oder auch außenstehende Personen, die diese

9 Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei der Mazedonischen Einheit, mazedonisch: Vnatrešna makedonska revolucionerna organizacija – Demokratska partija za makedonsko nacionalno edinstvo.

„spontan“ besetzten und die Ablösung der Führung forderten. Die Mitwirkung von Teilen der Gewerkschaften rundet das Bild ab, ein Bild, dem der Mottenkistengeruch der Geschichte doch sehr deutlich anhaftet.

Mitglieder der ehemaligen Regierung wurden mit Gerichtsverfahren überzogen, was als Kampf gegen die Korruption dargestellt wurde und weiterhin wird. Um sich nicht dem Vorwurf der Einseitigkeit auszusetzen, wurden exemplarisch einige allzu dreiste Versuche in den eigenen Reihen, Ehepartner oder Verwandte mit Posten auszustatten, unterbunden. Einige wenige hohe Funktionäre wurden auch entlassen. Allerdings änderte das wenig daran, dass die Meinung der Mazedonier über die Korruptheit ihrer politischen Parteien unverändert schlecht ist und dass ihrer Meinung nach Korruption einen entscheidenden Einfluss auf das Geschäftsumfeld hat.¹⁰

Kritik kam im August 2004 auch von der neu eingerichteten staatlichen Kommission zur Bekämpfung der Korruption, die bemängelt, dass ein Großteil der Ministerien, mit Ausnahme des Innenministeriums, für Anfragen und Belange dieser Kommission vollkommen unzugänglich sei.¹¹

Die Regierungskoalition selbst hatte mit ganz anderen Problemen zu kämpfen. Die Unterschiede zwischen den ethnisch mazedonischen Parteien und der albanischen Partei in der Koalition wurden sehr schnell offensichtlich. Auf der einen Seite standen erfahrene und gewiefte Politiker, die das Parkett von Regierung und Parlament gut kennen, auf der anderen Seite eine Ansammlung von Neulingen, die erst zu einer Partei zusammenwachsen und gleichzeitig das Regieren lernen mussten.

DUI: Der Spagat zwischen gleichzeitiger Konsolidierung und Regierungsverantwortung

Die DUI war zum Zeitpunkt ihres Regierungsantritts eine nicht allzu kompakte Verbindung dreier Hauptinteressengruppen, die jeweils einen Teil des Wahlvolks bedienen mussten.

Da war auf der einen Seite die so genannte „Diasporagruppe“, bestehend aus den engsten Mitarbeitern Ahmetis, zumeist wie er selbst Langzeitemigranten aus politischen Gründen. Dieser Kreis zeigte – auch angesichts der linksradikalen politischen Vergangenheit seiner Mitglieder – eine Tendenz zur Selbstisolation innerhalb der Partei, zum Kaderdenken und -handeln. Die Entscheidungen dieser Gruppierung waren oft persönlicher Natur und dementsprechend wenig transparent. Einwände der Basis wurden ignoriert und entsprechend schwach war die anfängliche Kontrolle über die verschiedenen Lokalverbände, in denen jeweils wiederum Machtkämpfe ausgetragen wurden. Die

10 Vgl. Transparency International Global Corruption Barometer 2003, unter: www.transparency.org/surveys/barometer/barometer2003.html.

11 Vgl. Presseerklärung der staatlichen Kommission für den Kampf gegen die Korruption vom 5. August 2004, Medienberichte vom 6. August 2004 (Dnevnik, Utrinski Vesnik, Vreme).

Gruppe wurde von Personen aus dem Kičevo-Tal dominiert, der Heimat Ahmetis. Diejenigen, die 2001 für die UÇK im Ausland gearbeitet hatten, nahmen Regierungsfunktionen wahr, wie z.B. Vizepremier Musa Xhaferi oder der jetzige Transportminister Agron Buxhaku. Andere, die sich aktiv im Konflikt engagiert hatten, begnügten sich mit Parlamentssitzen, wie Ahmeti selbst und sein Onkel und Mentor Fazli Veliu.

Dieser Gruppe standen die so genannten „Politiker“ gegenüber. Es handelt sich hier um Personen, die vor der Gründung der DUI Mitglieder der anderen albanischen Parteien im Lande gewesen waren oder als unabhängige Intellektuelle eine Rolle in der Gesellschaft gespielt hatten. Sie besaßen einiges an Erfahrung mit Regierungs- oder Parlamentsarbeit und besetzten daher Schlüsselpositionen. Die Tatsache, dass sie an dem Konflikt 2001 nicht teilgenommen hatten, machte sie zu leichter akzeptierbaren Partnern für die mazedonischen Parteien als diejenigen, die während der Auseinandersetzungen hohe Funktionen in der UÇK innehatten. Zu dieser Gruppe gehören u.a. Erziehungsminister Azis Pollozhani und die stellvertretende Parteichefin Teuta Arifi.

Eine dritte Gruppe ist der so genannte „militärische Flügel“, die früheren Kommandanten der UÇK, die später der DUI beitraten.¹² Ihr Einfluss fußt auf den früheren regionalen Brigaden der UÇK und ist deshalb auf Dorf- und Gemeindeebene in den früheren Krisengebieten entsprechend groß, bleibt allerdings gleichzeitig auf diese beschränkt. Vor allem anfänglich stand diese Gruppe den beiden anderen skeptisch gegenüber und bis heute geht von ihr gelegentlich eine interne Opposition gegen Ahmetis Politik aus. Der Generalsekretär der Partei, Gëzim Ostreni,¹³ gilt als derjenige, der kraft seiner Persönlichkeit und seines Ansehens diesem Flügel eine Stimme in der Parteiführung gibt.

Immer wieder kommt es von Seiten einflussreicher *Warlords* zu Attacken gegen Parteichef Ahmeti, insbesondere wenn es darum geht, die 2001 gegebenen Versprechen einzuhalten. Die Basis ist vor allem deshalb unzufrieden, weil keine Arbeitsplätze geschaffen wurden, die Lebensumstände in den ländlichen Regionen noch immer unverändert schlecht sind und lediglich höhere Parteifunktionäre von der Regierungsbeteiligung profitiert haben. Der Eindruck, dass sich eine Führungsgruppe um Ahmeti geschart hat, die die eigentlichen Parteigeschäfte leitet, kratzt am Mythos des Rebellenführers, der bei öffentlichen Auftritten zudem einen recht blassen Eindruck vermittelt.

12 Ein kleinerer Teil der ehemalige Kommandanten der UÇK sind der DPA oder der Nationaldemokratischen Partei (NDP) beigetreten, unter ihnen der wohl stärkste Gegenspieler Ahmetis, Xhezair Shaqiri (Kommandant Hoxha).

13 Ostreni war Offizier der Jugoslawischen Volksarmee und hatte als Offizier in der „albanischen Brigade“ der kroatischen Armee an den Kriegen in Kroatien und in Bosnien teilgenommen. Er spielte eine bedeutende Rolle in der kosovarischen UÇK und wurde später Stellvertreter von Agim Çeku und Stabschef des Kosovo Protection Corps.

Das Auftauchen mehrerer bewaffneter Gruppen im Laufe des Jahres 2003, die sich zum Teil als der Albanischen Nationalarmee (AKSh¹⁴) angehörig bezeichneten, und mehrere Terrorakte, die auch Menschenleben forderten,¹⁵ unterstreichen die anfängliche Identitätskrise der DUI. In wessen Auftrag diese Gruppen agierten, ist bislang ungeklärt. Klar ist jedoch, dass eines ihrer Ziele die Infragestellung des Führungsanspruchs der DUI hinsichtlich der Anliegen der ehemaligen Kämpfer der UÇK war. Ein weiteres dürfte das Abstecken ihres Machtbereichs gewesen sein; mit anderen Worten: ein Zeichen an die Führung der DUI, dass sie bestimmte Gebiete nicht kontrollieren kann. Bezeichnend ist, dass diese Regionen gleichzeitig einerseits Hochburgen einiger der *Warlords* sind, andererseits an altbekannten Schmuggelrouten liegen, an denen schon lange nicht mehr „nur“ Schmuggel betrieben wird, sondern sich organisierte Kriminalität in ihrer modernsten Form entfalten konnte.¹⁶ *Honi soit, qui mal y pense.*

Nach den außerordentlichen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2004 macht die Partei einen stabileren Eindruck. Genährt wird dieses Bild auch von einem Stimmungswandel in den albanisch dominierten Gemeinden, in denen sich albanische Sprache und Kultur frei entfalten, weitgehend frei auch von jeder staatlichen Kontrolle.¹⁷ Befürchtungen, dass das auf Kosten der lokalen mazedonischen Minderheiten geschieht, bestehen allerdings weiterhin.¹⁸

Die Parteiführung und insbesondere Parteichef Ahmeti machen nach wie vor einen isolierten Eindruck; die derzeitige positive Stimmung mag darauf zu-

-
- 14 Albanisch: Armata Kombëtare Shqiptare, eine paramilitärische Untergrundorganisation, die sich für den Kampf zur Vereinigung aller albanischen Territorien einsetzt; militärischer Arm der Front für Albanische Nationale Einheit, albanisch: Fronti për Bashkimi Kombëtar Shqiptar. Einige ihrer führenden Köpfe wurden 2003 in Albanien und in Deutschland festgenommen.
 - 15 Am 27. Dezember 2002 explodierte eine Zeitzünderbombe vor dem Gymnasium in Kumanovo und tötete einen Passanten. Durch Zufall wurde der Unterricht zwei Minuten später als normal beendet, sonst hätte die Bombe ein Blutbad angerichtet. Am 5. März 2003 tötete eine in der Grenzregion zu Serbien gelegte Mine zwei polnische NATO-Soldaten und zwei ihrer Begleiter; kurze Zeit später wurden Sprengstoffanschläge auf die Bahnlinie Belgrad-Skopje verübt; eine Gruppe entführte zwei Polizisten und löste eine Polizeiaktion aus, an der sich sämtliche internationale Organisationen vor Ort beteiligten; Dörfer in den Bergen wurden von einer anderen Gruppe zur „befreiten Zone“ erklärt, was ebenfalls eine Polizeiaktion zur Folge hatte.
 - 16 Während des Konflikts 2001 wurde im Dorf Aračinovo bei Skopje mindestens eine Drogenfabrik ausgehoben.
 - 17 Ein deutlicher Indikator dafür ist die stolze Anzahl der illegal aufgestellten Denkmäler, die während der letzten Jahre albanischen Helden gewidmet wurden. Höhepunkt dieses Kulturschaffens dürfte das Denkmal für Adem Jashari, den wichtigsten Helden und Märtyrer der kosovarischen UÇK, sein, das in den Bergen oberhalb Tetovos einen prominenten Platz einnimmt.
 - 18 In den letzten Jahren ist eine langsame, aber stetige Abwanderung von Mazedoniern vor allem aus Tetovo festzustellen. Die Neigung zur Rückkehr derjenigen, die die Stadt während des Konflikts 2001 als Flüchtlinge verlassen haben, ist ebenfalls sehr gering. Ein großer Teil lebt nach wie vor in Sammelunterkünften in der Hauptstadt Skopje. Es sind oft falsch gesetzte Signale, welche die Stimmung beeinflussen. So wurden in diesem Jahr am Nationalfeiertag, dem 2. August, die Straßen von Tetovo nicht mit der mazedonische Fahne beflaggt. Der Eindruck eines Stadtstaates im Staat, für den andere Regeln gelten, ist nicht ganz von der Hand zu weisen.

rückzuführen sein, dass für die anstehenden Lokalwahlen nach außen Einigkeit demonstriert werden soll.

Wechsel an der Staatsspitze und parteiinterne Konflikte

Am 26. Februar 2004 verunglückte Staatspräsident Boris Trajkovski beim Absturz der Präsidentenmaschine über Bosnien tödlich, ein halbes Jahr vor Ablauf seiner Amtszeit. Dieser tragische Unfall war nicht nur für die Bevölkerung ein Schock, sondern auch und vor allem für das politische System. Viele Beobachter sind skeptisch, ob sein Nachfolger Crvenkovski das Potenzial hat, die Rolle als moralisch integre Integrationsfigur auszufüllen, was bei Trajkovski zweifellos der Fall war.

Die Vorbereitungen für die im Herbst vorgesehene Präsidentschaftswahl waren noch nicht richtig angelaufen, das Kandidatenkarussell drehte sich noch. Nun mussten schnelle Entscheidungen getroffen werden. Während dieses Prozesses ist es anscheinend zu einigen Brüchen innerhalb der Regierungspartei SDSM gekommen, deren Auswirkungen wohl erst in den kommenden Monaten wirklich zum Tragen kommen werden. Einer der Indikatoren dafür ist die Tatsache, dass der parteilose, jedoch über die Liste der SDSM gewählte Abgeordnete und erfolgreiche Geschäftsmann Trifun Kostovski in Opposition zu Parteichef Crvenkovski gegangen und gerade dabei ist, seine eigene Partei zu formieren, für die er wohl für das Amt des Bürgermeisters von Skopje kandidieren wird. Bis Februar noch galt er als möglicher Präsidentschaftskandidat für das Regierungslager.

Die Wahl¹⁹ Crvenkovskis zum Präsidenten im April 2004 hatte zur Folge, dass er seine Ämter als Premierminister und Parteichef der SDSM aufgeben musste. Während das Amt des Premiers mit dem bis dahin amtierenden Innenminister Kostov besetzt wurde, dem eine schnelle und unproblematische Regierungsbildung gelang, blieb das Amt des Parteichefs unbesetzt. Das Ergebnis des für den 7. November geplanten Referendums über die Dezentralisierung wird sich sicherlich auf die Wahl des neuen Parteivorsitzenden auswirken. Der entsprechende Parteikongress soll dem Vernehmen nach noch vor Ende des Jahres stattfinden. Diese Frist wird von den möglichen Kandidaten genutzt werden, um politisch zu punkten – und was bietet sich dafür besser an als die hochpolitisierte Dezentralisierungsdebatte.²⁰

19 Die beiden Wahlgänge am 14. und 28. April 2004 verliefen nicht ganz ohne Zwischenfälle. Eine umstrittene Entscheidung der staatlichen Wahlkommission, keine Klagen zuzulassen, weil sie am Endergebnis nichts geändert hätten, wird, wenn auch sachlich richtig, von der Opposition als Beleg eines arroganten Machtgehabs der Regierungsparteien bezeichnet und ist sicherlich als politisch unreif anzusehen.

20 Auch aus den Reihen der SDSM gab es harsche Kritik an der Art und Weise, wie der Kompromiss in der Dezentralisierungsdebatte zustande kam, zuletzt von Tito Petkovski, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit für das Amt des Parteichefs kandidieren wird. Zu dessen Konkurrenten dürften Finanzminister Nikola Popovski, Vizepre-

Die oppositionelle VMRO-DPMNE hat den Verlust der Macht Ende 2002 schlecht verkraftet. Der langjährige Parteichef und ehemalige Premierminister Ljubco Georgievski gab sein Parteiamt an Nikola Gruevski ab, der sehr schnell versuchte, die georgievskitreuen Kräfte aus dem Machtzentrum zu entfernen. Der daraus entstandene interne Konflikt eskalierte derartig, dass die Partei zurzeit kurz vor einer Spaltung steht. Im Juli 2004 gründeten Georgievski nahe stehende Kräfte eine neue Partei, die VMRO-Volkspartei. Einziger Zweck dieser Formation, deren Mitglieder auch gleichzeitig Mitglieder der „Mutterpartei“ VMRO-DPMNE sind, ist es, Gruevski und seine Gruppe zu stürzen. Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass Georgievskis Unterstützung an der Parteibasis und bei der Parteijugend groß ist, während Gruevski von der Parteiführung unterstützt wird. Sollte es zu einer Konfrontation der beiden Gruppen während der Kommunalwahl kommen, wird die SDSM sicherlich davon profitieren, der ansonsten ein nicht unbeträchtlicher Teil der Wählerschaft davon zu laufen droht. Die Lage wird zusätzlich noch dadurch verkompliziert, dass Georgievskis einstige engste Verbündete und Mentorin Dosta Dimovska mittlerweile eine eigene Partei, die Demokratisch-Republikanische Union Mazedoniens,²¹ gegründet hat. Damit erhöht sich die Anzahl an Parteien, die sich von der VMRO-DPMNE abgespalten haben, auf fünf. Die einzige Partei, die sich zuversichtlich gibt, wenngleich sie bei den letzten beiden Wahlen zu den Verlierern gehörte, ist die albanische DPA. Deren Parteichef Arbën Xhaferi ist in den letzten anderthalb Jahren immer wieder mit Forderungen nach einer territorialen Lösung der ethnischen Frage an die Öffentlichkeit gegangen und somit auf die Position zurückgekehrt, die er politisch vor der Regierungsbeteiligung seiner Partei 1998-2002 vertreten hatte. Auch spart er nicht mit Kritik an der Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens und an der Regierungspartei DUI, der er Versagen vorwirft. Obwohl die Albaner Mazedoniens sich aus Gründen, auf die noch einzugehen ist, als Sieger der Dezentralisierungsdebatte sehen dürften, wird abzuwarten sein, welcher Grad an Frustration angesichts nicht eingehaltener Wahlversprechen seitens der DUI erreicht ist. Darauf spekuliert die DPA und erwartet einen Sieg bei den anstehenden Kommunalwahlen.

Schwerpunkte der Arbeit der OSZE-Mission

Die OSZE-Mission hat ihre im Ohrider Rahmenabkommen festgelegten Schwerpunkte nicht verändert, sondern lediglich einige Akzente verschoben. Stark im Vordergrund stand dabei die Arbeit des Polizeikontingents der Mission, der OSZE-Gruppe für Polizeientwicklung (*Police Development Unit*, PDU).

mierministerin Radmila Šekerinska, Außenministerin Ilinka Mitreva und, als wahrscheinlich aussichtsreichster Kandidat, Verteidigungsminister Vlado Bučkovski gehören.

21 Mazedonisch: Demokratsko Republikanska Unija na Makedonija.

Nach Beendigung der Rückkehr der Polizei in die ehemaligen Konfliktgebiete wurde die Ausbildung der Polizeikräfte wieder in den Vordergrund gestellt. Darunter ist zum einen die Weiterführung des Ausbildungsprogramms in der Polizeiakademie in Skopje zu verstehen, bei dem Rekruten aus ethnischen Minderheiten (hauptsächlich, aber nicht nur Albaner) zusammen mit einem Kontingent ethnischer Mazedonier in einem Schnellkurs zu Polizisten ausgebildet werden, die dann in den ehemaligen Krisengebieten ihren Dienst antreten. Eine andere Komponente ist eine Reihe von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, die der mazedonischen Polizei das Konzept der bürger-nahen Polizeiarbeit (*community based policing*) näher bringen soll.

Außerdem finden im Rahmen des Konzepts der so genannten Bürgerberatungsguppen (*citizen advisory groups*), die der Vertrauensbildung dienen sollen, in regelmäßigen Abständen Diskussionsrunden in den Gemeinden statt. Sinn und Zweck dieser Diskussionsrunden ist es, die Beteiligung der Bürger an der Polizeiarbeit zu fördern und z.B. Themen wie Amnestie für ehemalige Kämpfer, Bewegungsfreiheit und Schwerpunkte der Polizeiarbeit mit aktiver Bürgerbeteiligung zu besprechen. Insbesondere dieses Unterfangen stellt sich als schwierig heraus und es ist nach wie vor nach der kulturellen Sensibilität solcher Aktionen zu fragen. In einem vor allem ländlich, d.h. patriarchalisch und hierarchisch geprägten Umfeld Diskussionsgruppen dieser Art einzuführen, in denen Bürger, Lokalverwaltung und Polizei zusammensitzen und über Prioritäten diskutieren sollen, mutet zumindest gewagt an. Es wäre sicherlich interessant, in einer Studie die Effizienz solcher soziologischer Experimente zu untersuchen. Sicher ist, dass die Polizei einem Demokratisierungsprozess unterworfen und auch mehr Bürgerbeteiligung erreicht werden muss. Allerdings wäre in einer Region, die jahrzehntelange Erfahrungen mit kommunistischer Pseudobeteiligung ihrer Bürger gemacht hat und in der die Abhaltung inhaltsloser Treffen zum eingeübten Ritual gehörte, eine etwas differenziertere Herangehensweise wünschenswert. Zudem ist die Politisierung der Gesellschaft noch immer so dominant, dass die Überlagerung solcher Diskussionen durch politische Interessengruppen zumindest eine Gefahr darstellt.

Die ersten dieser Gruppen wurden im Laufe des Sommers 2004 in lokale Verantwortung übergeben, d.h. die OSZE zieht sich aus dem Prozess zurück. Ob hier ein nachhaltiges Kommunikationsmodell etabliert wurde, wird sich in Zukunft zeigen.

Mit der seit dem 15. Dezember 2003 in Mazedonien operierenden Polizeimission der EU, Proxima, stellt sich zudem die Frage, ob die Aufrechterhaltung eines Polizeikontingents in der OSZE-Mission noch sinnvoll ist oder ob sie nicht noch weiter zur ohnehin im Land herrschenden Verwirrung über Aufgaben und Mandate der verschiedenen internationalen Organisationen beiträgt.

Im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Justiz wurden einige Programme zur Unterstützung der Reformen eingeführt. Unter den Institutionen, denen sich die

OSZE – und das nicht nur in Mazedonien – widmet, nimmt das Büro des Ombudsmanns eine zentrale Rolle ein. Entsprechend den Bestimmungen des Rahmenabkommens soll diese Institution gestärkt werden, was nur mit zusätzlicher Hilfe in Form von Ausbildungsprogrammen geht. Die Einrichtung von sechs Regionalbüros wurde von der OSZE begleitet.

Ein weiterer Schwerpunkt der Unterstützung durch die OSZE-Mission ist die Modernisierung des Gerichtswesens in Richtung einer bürgernahen Justiz mit dem Ziel, Kommunikation und Transparenz der Gerichte zu verbessern. Dazu gehört Prozessbeobachtung ebenso wie die Verbesserung der Rechtsberatung in entlegenen Gebieten sowie die Unterstützung nichtstaatlicher Organisationen, die auf diesem Gebiet aktiv sind.

Ein in Mazedonien besonders wichtiges Thema ist die Bekämpfung des Frauenhandels. Das Land ist nicht nur Transitland, sondern auch Markt für Zwangsprostitution. Verquickungen von Politik und Staatsapparat mit Händlerringen sowie die Tabuisierung des Themas Prostitution im Allgemeinen haben es diesem Geschäft in der Vergangenheit leicht gemacht, sich zu etablieren. Schon vor dem Konflikt im Jahr 2001 hatte die Mission erste Schritte unternommen, die jetzt ausgeweitet werden konnten, vor allem, weil die Regierung eine staatliche Kommission eingerichtet hat. Wie auch andernorts kann die OSZE hier mit Ausbildungsprogrammen für die staatlichen Akteure und für die entsprechenden nichtstaatlichen Organisationen einiges erreichen. Zwei weitere zentrale Problembereiche der mazedonischen Politik und Gesellschaft standen in den letzten Jahren im Zentrum der Arbeit der OSZE: die Krise des Erziehungswesens und die Dezentralisierung. Die Mission hat unterschiedliche, zum Teil erfolgreiche Initiativen unternommen. Dennoch blieb auch hier ein stärkeres politisches Engagement auf der Strecke.

Die Krise des Erziehungswesens

Der Konflikt im Jahr 2001 brachte eine dramatische Verschlechterung der ohnehin desolaten Lage in Teilen des Erziehungswesens mit sich. Zuerst in zwei Städten, Kumanovo und Tetovo, später auch in verschiedenen ländlichen Gegenden, trennten sich „gemischte“²² Schulen, wobei der eine Teil, entweder der albanische oder der mazedonische, in andere Gebäude zog. Beide Seiten beriefen sich auf Sicherheitsprobleme. Auslöser waren Zwischenfälle, bei denen entweder Lehrer oder Schüler körperlich angegriffen wurden.

Es ist bisher nicht gelungen, diese Schulen wieder zusammenzubringen. Die Gründe sind vielfältig und haben nur zum Teil mit dem Erziehungswesen zu tun. Tatsächlich könnten beide Seiten gut mit der Trennung leben, die jeweils

22 Schulen in Mazedonien sind nicht wirklich gemischt. Mazedonisch- und albanischsprachige parallele Stränge teilen sich ein Schulgebäude, meistens wird im Schichtsystem unterrichtet. Kontakte zwischen den Schülern kommen nur beim Schichtwechsel vor.

verbliebene „Hälfte“ hat schließlich ein ganzes Schulgebäude zur alleinigen Verfügung. Was allerdings dahintersteckt, ist der Versuch, eine ethnische Teilung der entsprechenden Orte über das Schulsystem zu vollziehen. Gefördert wird dieser Trend von radikalen Gruppen, denen es leicht fällt, Eltern und Lehrer zu manipulieren; vor allem den Eltern ist die Sicherheit ihrer Kinder oberstes Gebot.

Weder das Erziehungsministerium noch andere Akteure, die OSZE-Mission eingeschlossen, haben bislang eine Lösung für das Problem gefunden. Grund ist, dass immer neue Forderungen erhoben werden, sobald sich eine Lösung abzeichnet. Ein anderer Grund, vor allem in der Region um Tetovo, ist die Personalunion von radikalen und kriminellen Elementen. Nur eine Situation der maximalen Unsicherheit schafft eine Atmosphäre, in der solche Personen als Retter in der Not erscheinen. Ein dritter, nicht zu unterschätzender Grund sind politische Rivalitäten. Mit der Aufrechterhaltung dieser Situation wird der Regierung und den entsprechenden Parteien ihr Scheitern dauerhaft vor Augen gehalten, was zur Schwächung der Führungspersönlichkeiten und zur Stärkung lokaler Rebellen beitragen soll. Dieses Phänomen gibt es sowohl innerhalb der SDSM als auch innerhalb der DUI, von der politischen Opposition ganz zu schweigen. Die wirklichen Verlierer bei diesem zynischen Spiel sind die Schüler. Unterricht wird seit 2001 zum Teil im Ausnahmezustand durchgeführt, mit gekürzten Unterrichtsstunden und reduziertem Lehrplan. Der Qualitätsverfall macht sich jetzt schon stark bemerkbar; Kinder aus diesen Gegenden werden auf längere Sicht benachteiligt sein.

Bislang gab es in Mazedonien keinen ernsthaften Versuch, mazedonische und albanische Schüler gemeinsam am Unterricht teilnehmen zu lassen. Nur wenn die ethnische Barriere durchbrochen werden kann und neue Konzepte entwickelt werden, kann die Entwicklung zur völligen Segregation im Erziehungswesen gestoppt werden. Hier sind das Erziehungsministerium und die Universitäten gefragt.

Ein anderes Problem ist der Beschluss der Regierung zur Gründung einer neuen, staatlichen Universität mit Albanisch als Unterrichtssprache im Herbst 2004 in Tetovo. Was sich vordergründig wie ein Schritt in die richtige Richtung anhören mag, hat allerdings seine Tücken. Zum einen gibt es in Tetovo schon die von der OSZE mitgetragene, 2001 gegründete private Südosteuropa-Universität (SEEU),²³ die sich zu einem in der gesamten Region einzigartigen Erfolgsmodell entwickelt hat. Zum anderen gibt es dort die nicht anerkannte „Tetovo-Universität“ (TU), zu deren Leitung politische Hitzköpfe gehören und die mittlerweile eng mit kriminellen Strukturen²⁴ in

23 Zur SEEU siehe auch Max van der Stoep, Die Südosteuropa-Universität in Mazedonien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2002, Baden-Baden 2002, S. 203-207.

24 Eine der spektakulärsten Aktionen des vergangenen Jahres war die illegale Besetzung des Gebäudes einer Tabakfabrik in Tetovo und seine Umwandlung in Räume für die „Tetovo-Universität“. Der Drahtzieher der Aktion, Izahir Samiu, ist der mutmaßliche Hintermann der meisten gewalttätigen Enteignungen von Geschäftsräumen in Tetovo. Er genießt zur Zeit aus gesundheitlichen Gründen Haftverschonung.

Tetovo verzahnt ist. Die Regierung hat wiederholt versichert, dass es sich bei der Neugründung nicht um eine Anerkennung der „TU“ durch die Hintertür handele. Wenn die Regierung ihre Pläne allerdings umsetzt, wird Tetovo, eine Stadt von knapp 100.000 Einwohnern, drei Universitäten besitzen, die sich gegenseitig das Wasser abgraben werden, anstatt zu kooperieren. Das akademische Potenzial reicht gar nicht aus, um in drei Institutionen eine angemessene Lehre in albanischer Sprache zu gewährleisten, zumal die Fakultäten der neuen Universität zum Teil eine Duplizierung schon in der SEEU existierender Fakultäten sind. Viel sinnvoller wäre es gewesen, wenn der Staat sein Interesse an der mehrsprachigen SEEU durch Mitfinanzierung oder gar Umwandlung in eine staatliche Universität bekundet hätte. Die jetzige Situation wird nur weitere Verwirrung stiften und das Erziehungswesen wird weiterhin als Geisel der Politik behandelt werden. Die Verlierer sind auch hier die Jugendlichen, in diesem Fall die ethnisch albanischen. In Verbindung mit einem Gymnasialsystem, dessen Qualität aus vielen verschiedenen Gründen ebenfalls nicht sehr hoch ist, wird hier von staatlicher Seite zukünftiges Konfliktpotenzial geschaffen.

Der bulgarische Vorsitz der OSZE hat das Problem der Erziehung zur Priorität der Mission für das Jahr 2004 erklärt. Im Gegensatz zu vergangenen Jahren ist bislang jedoch wenig geschehen, was diese Absicht mit Taten untermauern könnte. Gerade in diesem Bereich könnte die OSZE stärker politisches Gewicht zum Tragen bringen, statt auf Änderungen von unten zu hoffen und allein diese zu unterstützen. So wichtig die Entwicklung der Zivilgesellschaft in diesem Bereich auch ist, hier sind schnelle Lösungen gefordert.

Die Dezentralisierungsdebatte

Das Thema des Jahres 2004 schlechthin ist die letzte große Hürde, die es auf dem Weg der Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens zu nehmen gilt: die Reform der lokalen Selbstverwaltung. Dabei geht es erstens darum, die Anzahl der Gemeinden von derzeit 123 auf – laut Gesetzesvorschlag – 80 zu reduzieren. Zweitens soll den neuen Gemeinden eine Anzahl an Kompetenzen zugestanden werden, unter anderem in den Bereichen Erziehung und Gesundheitswesen. Drittens muss die Finanzierung dieser Vorhaben sichergestellt werden. Und viertens – und das ist der umstrittenste Punkt – wird es darum gehen, ob die Aufteilung der Gemeinden nach ethnischen oder nach objektiven, von den Gegebenheiten diktierten Kriterien geschieht. Im Hintergrund stehen das Bestreben der Albaner nach mehr Autonomie einerseits und die Angst der Mazedonier vor einer Föderalisierung und letztlich Spaltung des Landes andererseits.

Zum Gesetzespaket gehören vier Gesetze, nach deren Verabschiedung eine lange Reihe weiterer Gesetze und Durchführungsbestimmungen zu ändern bzw. zu schaffen sein werden. Das erste Gesetz, das die Kompetenzen der

neu entstehenden Gemeinden regelt, wurde im Frühjahr 2004 verabschiedet. Die anderen drei Gesetze, nämlich das Finanzierungsgesetz, das Gesetz über die territoriale Neugliederung der Gemeinden und das Gesetz über die Hauptstadt Skopje, wurden im Sommer nach einer hitzigen Debatte mit Regierungsmehrheit verabschiedet.

In einer beispielhaften Übung missglückter Kabinettpolitik verhandelten die Regierungspartner monatelang über die territoriale Aufteilung, bis ein Kompromiss öffentlich bekannt gegeben wurde. Nach diesem wird die Hauptstadt Skopje durch die Eingemeindung zweier Dörfer einen albanischen Bevölkerungsanteil von knapp über 20 Prozent erreichen, was laut Rahmenabkommen bedeutet, dass Albanisch zweite Amtssprache in der Stadt wird. Gleichzeitig wird im Südwesten des Landes, in Struga, eine weitere mehrheitlich albanische Gemeinde geschaffen. Über die dritte von den Albanern geforderte Gemeinde, Kičevo, soll später verhandelt werden. Die Verhandlungen wurden von Protesten begleitet und im Juli eskalierte die Situation in Struga, wo Minister der SDSM im örtlichen Parteibüro angegriffen wurden. Gegen die angestrebten Reformen hat sich eine breite Koalition mit reger Beteiligung der Zivilgesellschaft gebildet. Viele mazedonische Gemeinden haben sich in Referenden gegen das Reformpaket ausgesprochen. Eine Unterschriftenaktion hat eine weit über die geforderte Mindestzahl hinaus gehende Zahl an Unterschriften sichern können und für den 7. November wurde ein landesweites Referendum angesetzt. Im Falle eines Erfolges würde nicht nur das gesamte Gesetzespaket gekippt werden, Premier Kostov hat für diesen Fall auch seinen Rücktritt angekündigt. Wegen des Referendums wurden die Kommunalwahlen auf das Frühjahr 2005 verschoben. Allerdings ist auch dieser Termin schon wieder umstritten, da Unklarheit darüber besteht, nach welchen Gesetzen dann gewählt wird.

Bei der gesamten Debatte ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass in einigen Fällen letztlich doch nach ethnischen Kriterien gehandelt wird, um den politischen Appetit der einen oder der anderen Seite zu befriedigen. Letztlich hat sich gezeigt, dass das Fehlen sowohl einer Informationskampagne als auch einer breit angelegten öffentlichen Debatte über die Inhalte des Reformvorhabens sowie ernsthafte Mängel bei deren Vermittlung das Aufkommen einer vorhersehbaren Opposition begünstigt und gestärkt haben. Aus früheren Fehlern, z.B. bei der Vermittlung der Inhalte des Ohrider Rahmenabkommens, hat die Regierung nichts gelernt.

Zum anderen sind Unstimmigkeiten im Reformpaket sicherlich auch auf mangelnde Koordination zurückzuführen. Das Ministerium für lokale Selbstverwaltung, ohnehin eines der kleinsten Ministerien, wurde mit dieser Aufgabe allein gelassen und hat es nicht geschafft, die Arbeit vieler Institutionen und ausländischer Experten so zu koordinieren, dass sowohl für die Politik als auch für die Öffentlichkeit ein klares Bild dessen entstehen konnte, was die Reform beinhalten soll.

Die OSZE-Mission, für die die Dezentralisierung schon lange vor dem Konflikt 2001 ein zentrales Thema war, hat in den vergangenen Jahren versucht, durch Pilotprojekte und Gespräche die Dimension dieser Reform zu beleuchten und den Entscheidungsträgern nahe zu bringen. Gleichzeitig wurde versucht, die Betroffenen stärker zu beteiligen, z.B. indem Bürgermeister enger in den Beratungsprozess eingebunden wurden. Ausbildungsprogramme für die Lokalverwaltung und die Erstellung entsprechender Materialien gehören ebenfalls zu den Aktivitäten der Mission, genau wie der Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern, in denen es eine weitgehende Dezentralisierung gibt, wie z.B. Norwegen oder die Bundesrepublik Deutschland. Der Ansatz ist, dass zum einen die Zusammenarbeit und die Kommunikation innerhalb der Gemeindeverwaltungen gestärkt werden müssen, zum anderen aber auch die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden – ein Novum in Mazedonien – eine Voraussetzung erfolgreicher Kommunalpolitik ist. Wenn auch viele dieser Projekte mit Begeisterung aufgenommen wurden, so hängt ihr Erfolg oder ihr Scheitern letztlich doch von den großen politischen Entscheidungen ab. Auch hier hätte die OSZE auf höchster Ebene politischer agieren müssen, zumal sich die anderen internationalen Organisationen wie z.B. die EU während der Debatte und der Verhandlungen erstaunlich passiv verhalten und auf Lippenbekenntnisse zugunsten einer erfolgreichen Dezentralisierung beschränkt haben.

Fazit

Mazedonien hat angesichts der Ausgangslage im Jahr 2001 unbestreitbar Erfolge bei der Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens vorzuweisen. Eines seiner wichtigsten Elemente jedoch, das auch für die weitere Stabilität des Landes von entscheidender Bedeutung sein wird, nämlich die Dezentralisierung, ist noch in vollem Gange und ein Erfolg ist noch lange nicht sicher. Zusätzlich zu der tiefen Wirtschaftskrise gibt es eine Vertrauenskrise gegenüber dem politischen Establishment, die zu weiteren Erschütterungen führen kann. Die maßgeblichen Parteien befinden sich im Umbruch bzw. sind von internen Machtkämpfen gekennzeichnet. Daher ist das Konfliktpotenzial für die anstehenden Kommunalwahlen nicht zu unterschätzen.

Die am 22. März erfolgte Bewerbung um den Kandidatenstatus für den EU-Beitritt ist sicherlich ein wichtiger Schritt, wenn er auch von vielen Kritikern als verfrüht angesehen wird. Das kontinuierliche Engagement der EU kann jedoch einen stabilisierenden Faktor darstellen, wenn es von der Einsicht geleitet ist, dass Mazedonien die vor ihm liegenden Herausforderungen nicht alleine bewältigen kann. Sollte Mazedonien 2005 den Kandidatenstatus erhalten, könnte es dadurch auch aus der ebenfalls anstehenden und potenziell konfliktreichen Debatte um den Status des Kosovo herausgehalten werden, was zu einer weiteren Stabilisierung beitragen würde.

Das Land schlittert allerdings zurzeit ob der denkbar schlecht gehandhabten Dezentralisierungsdebatte in eine politische Krise, die tiefer sein könnte als die meisten internationalen Vertreter vor Ort es wahrhaben wollen. Deren entschiedenes öffentliches Eintreten gegen das Referendum mit dem scheinheiligen Argument, eine verspätete Dezentralisierung würde die Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens in Frage stellen und die europäische Integration Mazedoniens gefährden, scheint nach hinten losgegangen zu sein und eine Trotzreaktion ausgelöst zu haben. Neueste Umfragen zeigen eine Mehrheit für das Referendum an. Eine erste albanische bewaffnete Gruppe ist schon in einem Dorf nahe Skopje aufgetaucht,²⁵ die Regierung wackelt, Alternativen sind kaum vorhanden. Alle Anzeichen der Krise sind gegeben, Rezepte hingegen einmal mehr nicht. Die auf Stabilisierung ausgerichtete Politik der internationalen Gemeinschaft müsste dringend zumindest kurzzeitig wieder auf Krisenprävention umschwenken.

Angesichts der hitzigen Dezentralisierungsdebatte wäre es auch ratsam, dem Druck der DUI nachzugeben und die beiden heißen Eisen, nämlich eine neue Flagge und ein Wappen sowie das Gesetz über den offiziellen Gebrauch von Sprachen, erst einmal ruhen zu lassen.

Was die Rolle der OSZE-Mission betrifft, so ist festzuhalten, dass sie auf einigen Gebieten wie Dezentralisierung, Justizreform und Menschenrechte durchaus erfolgreich handelt, und das schon seit geraumer Zeit. Hier wird die OSZE als Expertenorganisation geschätzt und als Partner angesehen, der sich für die Belange der Menschen einsetzt. Der Bereich, der das meiste Personal und die meisten Ressourcen bindet, bleibt die Polizeientwicklungsgruppe. Hier muss allerdings gefragt werden, ob in Abstimmung mit der EU nicht eine sinnvollere Lösung gefunden werden kann, die eine Duplizierung vermeidet.

Es wäre ebenfalls wünschenswert, dass die OSZE wieder politischer agiert, vor allem dort, wo sie etwas zu bieten hat, nämlich die Unterstützung durch ihre Institutionen, wie den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten oder das BDIMR.

Weiterhin wäre es wünschenswert, dass die OSZE das Scheitern einiger Vorhaben eingesteht. So war z.B. das Unterfangen, das staatliche Fernsehen in ein öffentlich-rechtliches umzuwandeln, das nicht unter direkter Regierungskontrolle steht, nicht nur kostspielig, sondern muss auch als gescheitert bezeichnet werden. Die Schuld daran liegt am wenigsten bei der OSZE-Mission, sondern ist eher in dem Unwillen der Regierung zu suchen, die Kontrolle über diesen wichtigen Machtfaktor aus der Hand zu geben. Die Fortsetzung der derzeitigen Programme ist nur sehr begrenzt sinnvoll. Sie dienen zwar der technischen Ausbildung des Personals, erreichen aber das gesetzte Reformziel nicht.

Als letzter Punkt wäre noch die Personaldecke der Mission zu erwähnen. Es ist nicht einzusehen, warum die Mission seit 2002 unverändert eine Stärke

25 Vgl. Vreme, 29. Oktober 2004, von der OSZE am selben Tag berichtet.

von etwa 140 internationalen Angestellten und 250 Ortskräften aufweist. Diese Zahl muss schon allein aus Gründen der Glaubwürdigkeit reduziert werden. Dabei sei vor Tendenzen, die beiden Feldbüros in Kumanovo und Tetovo zu schließen, eindringlich gewarnt. Die Ende 2004 zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Dezentralisierungsbestimmungen rechtfertigen nicht nur eine Präsenz vor Ort, sondern lassen sie unabdingbar erscheinen. Es wäre nur hilfreich, entsprechend geschultes und erfahrenes Personal in diese Gebiete zu entsenden.